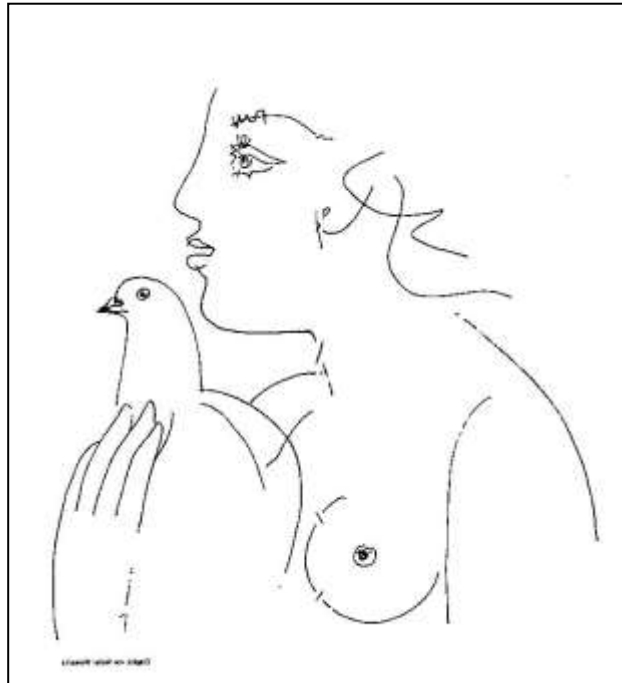


Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf

Nr. 228



Gedanken zu Walter Ulbricht

Anlässlich seines 125. Geburtstages

von

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Anlässlich des 125. Geburtstages und des 45. Todestages von Walter Ulbricht überarbeiteter und ergänzter Nachdruck mit Zustimmung des Autors aus der Geschichtskorrespondenz des Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei Die LINKE

Juni 2018

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin Tel.: (030) 2978 4688 Fax: (030) 2978 4689
E-Mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Natürlich drängt sich zuerst die Frage auf, warum man sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems, dem Scheitern des Sozialismus in der UdSSR und Europa mit dem Wirken Walter Ulbrichts für Frieden und Sozialismus beschäftigen soll, was uns dies heute bringt. Es geht mir nicht nur um Erinnerungskultur, darum, Vieles wieder in Erinnerung zu rufen und den zahlreichen Entstellungen zu begegnen. Ich meine, die jetzigen und künftigen Generationen können sich mit vielen Erfahrungen bekannt machen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind und - natürlich in modifizierter Form angewendet - von Nutzen sein werden.

Beim Thema "Walter Ulbrichts in seiner Zeit" kann es in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit und angesichts der Erfahrungen und des Wissens der Lesenden nicht darum gehen, den Anteil Walter Ulbrichts an der Entwicklung der KPD, der SED und der DDR in Ausführlichkeit nachzuzeichnen. Darüber ist schon sehr viel gesagt und geschrieben worden - vor und auch nach der Niederlage von 1989/90. (1) Und ich werde auch keine Darstellung der Ursachen des Untergangs der DDR geben. Ich stellte mir vielmehr erneut die Frage: Woran misst man eine politische Persönlichkeit, im Besonderen einen Parteiführer und Staatsmann?

Dazu, meine ich, sind folgende Fragen zu beantworten: In welchem Maße hat der betreffende Politiker verändernd auf den Gang der Geschichte eingewirkt - und zwar diesen fördernd, beschleunigend - oder aber auch hemmend, destruktiv? Wie

¹ Hier seien nur die wichtigsten Veröffentlichungen genannt: Liselotte Thoms/Hans Vieillard: Ein guter Deutscher. Walter Ulbricht. Eine biographische Skizze aus seinem Leben, Berlin 1963; Johannes R. Becher. Walter Ulbricht. Ein deutscher Arbeitersohn, Berlin 1964; Carola Stern: Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln/Berlin 1964; Liselotte Thoms/Hans Vieillard/Wolfgang Berger. Walter Ulbricht. Arbeiter. Revolutionär, Staatsmann, Berlin 1968; Heinz Voßke: Walter Ulbricht. Biographischer Abriss, Berlin 1983; Norbert Podewin: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995; Mario Frank: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2001; Lotte und Walter. Die Ulbrichts in Selbstzeugnissen, Briefen und Dokumenten. Hrsg. von Frank Schumann, Berlin 2003.

sehr hat er dem gesellschaftlichen Fortschritt - dem Frieden, sozialer Gerechtigkeit und günstigen Bedingungen für die Entwicklung der Menschen - zum Vorkommen verholfen - oder ihn behindert?

Das verlangt Antwort darauf, wie sehr er in seiner Zeit, unter den damals gegebenen Bedingungen neue Tendenzen und neue Anforderungen erkannte, ob und wie er diesen entsprochen und vorangeholfen hat, ihnen gerecht geworden ist. Das heißt, was hat er an Neuem in die gesellschaftliche Entwicklung seiner Zeit eingebracht, und vor allem: Wie hat er Praxis und Theorie der Fortschrittskräfte bereichert, weiterentwickelt, wie sehr war er dem Humanismus Schrittmacher?

Dazu muss auch gefragt werden, wie die individuellen Eigenschaften, wie Charakterzüge der jeweiligen Persönlichkeit prägend auf ihr Umfeld, auf die gesellschaftlichen Prozesse gewirkt, diese gefördert oder gehemmt haben - ein Umstand, dem wir meines Erachtens in der Vergangenheit zu wenig Beachtung geschenkt haben. (2)

Und schließlich sollte bei der Beurteilung dieser oder jener seiner Positionen und Handlungen auch darüber nachgedacht werden: Warum hat er so - und nicht anders - entschieden? Was waren seine Beweggründe?

Nun zu Ulbricht: Wer war Walter Ulbricht, über den Frank Schumann feststellt, dass es vermutlich in der deutschen Geschichte keine zweite Persönlichkeit gibt, deren Bild so verzeichnet ist wie das von Ulbricht (3), der zu den erfolgreichsten

2 Ich erinnere an den von W. I. Lenin geäußerten Gedanken, woran bedeutende Persönlichkeiten zu messen seien. Er schrieb: "Historische Verdienste werden nicht danach beurteilt, was historische Persönlichkeiten, gemessen an den heutigen Erfordernissen nicht geleistet haben, sondern danach, was sie im Vergleich zu ihren Vorgängern Neues geleistet haben." (W. I. Lenin: Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik. In: Werke, Bd. 2, S. 180.)

3 Siehe Lotte und Walter. Hrsg. von Frank Schumann, Berlin 2003, S. 6.

und zugleich am meisten gehassten deutschen Politikern des vergangenen Jahrhunderts zählt.

Geboren wird er am 30. Juni 1893 - also vor 125 Jahren - als Sohn einer Schneiderfamilie und sozialdemokratischen Funktionärs in Leipzig. Er erlernt den Beruf eines Möbeltischlers, schließt sich 1908 der sozialistischen Arbeiterjugend an, wird 1912 Mitglied der SPD, wirkt im ersten Weltkrieg als Antimilitarist im kaiserlichen Heer, bewährt sich in der Novemberrevolution 1918/19 und seitdem als Kommunist, ist bereits seit 1921 Berufsrevolutionär. Er arbeitet in hohen Funktionen in der KPD sowie im EKKI insbesondere auf organisationspolitischem Gebiet und von Juni 1929 bis November 1932 als Politischer Leiter der Bezirksorganisation Berlin - Brandenburg - Lausitz - Grenzmark. Führend ist er im antifaschistischen Kampf tätig. Die stalinistischen Repressalien in der UdSSR in den dreißiger Jahren übersteht er im Wesentlichen unbeschadet. Er gehört dem engsten Führungskreis der KPD an. Während des zweiten Weltkrieges Mitbegründer des Nationalkomitees "Freies Deutschland" 1943 und Einsatz an der Seite der Roten Armee.

1945 Leiter der in Berlin tätigen ersten Initiativgruppe der KPD zur Schaffung antifaschistisch-demokratischer Organe und zur Normalisierung des Lebens, eine der treibenden Persönlichkeiten bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED und bei deren Entwicklung zur marxistisch-leninistischen Partei nach dem Beispiel der KPdSU. Von 1946 bis 1950 einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Parteivorstandes der SED, seit 1950 Generalsekretär, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der SED, außerdem von 1949 bis 1955 einer der Stellvertreter, von 1955 bis 1960 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Maßgeblich unter seiner Leitung werden die Grundlagen der neuen Wirtschafts-, Staats- und Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR geschaffen. Er betreibt in entscheidendem Maße die Gründung der DDR und ist Initiator des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus. Aus der Krise der SED und der DDR 1953 und innerparteilichen

Auseinandersetzungen mit seinen Widersachern in den fünfziger Jahren geht er gestärkt hervor.

Mindestens seit Beginn der fünfziger Jahre, also viele Jahre vor dem Tod Wilhelm Piecks 1960 und Otto Grotewohls 1964 ist er zum mächtigsten Mann in Partei und Staat aufgestiegen. Um den Frieden zu sichern und der Ausblutung der DDR Einhalt zu gebieten, betreibt er, seit 1960 Vorsitzender des Staatsrates der DDR, den zuverlässigen Schutz der Grenzen der DDR zu Westberlin und zur BRD. Er arbeitet weiterführende Vorstellungen aus über die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in einem industriell entwickelten, gespaltenen und mit einem starken imperialistischen Gegner unmittelbar konfrontierten Land. Das findet seinen Ausdruck in der Konzipierung des neuen ökonomischen Systems des Sozialismus und in der Bestimmung der sich daraus ergebenden weitreichenden Konsequenzen. Ständig lernend und Probleme zeitig erkennend initiiert er viele Reformen, um den Sozialismus effektiv zu gestalten. Die von ihm in Angriff genommenen tiefgreifenden Reformen verleihen dem Sozialismus in der DDR spezifische Züge, die zugleich die internationalen Erfahrungen bedeutend bereichern. Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wirkt er vorwärtsdrängend - als Ökonom, Staatswissenschaftler, Städteplaner und Architekt, als Historiker sowie als Freund und Förderer von Wissenschaft und Technik, Literatur, Kunst und Sport. Unter seiner Leitung wird der Entwurf der sozialistischen Verfassung der DDR ausgearbeitet, dem nach breiter öffentlicher Diskussion die Bevölkerung in einem Volksentscheid am 6. April 1968 mit der eindrucksvollen Mehrheit von 94,49 Prozent aller Abstimmungsberechtigten zustimmt. Er setzt sich ein für ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland und - nach dem Scheitern dieser Hoffnung - für gleichberechtigte Beziehungen zwischen DDR und BRD. Er wirkt für Frieden, Sicherheit und antiimperialistische Solidarität, für die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft und die

Stärkung der Aktionseinheit der Internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Am 3. Mai 1971, noch vor dem VIII. Parteitag, gibt er seine Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees ab. Bis zu seinem Tod am 1. August 1973 und weit darüber hinaus wird er von vielen Freunden des Friedens und des Sozialismus diesseits und jenseits der Grenzen geachtet, von den Mitstreitern respektiert und verehrt, von den Gegnern des Sozialismus - wie kann es auch anders sein - verhöhnt, geschmäht und verleumdet, von manchen aber auch ob seiner Leistung bewundert.

Mit meinen Ausführungen will ich nicht nur an Walter Ulbricht erinnern, sondern auch zu einer weiter differenzierten, ausgewogenen Wertung seines Lebenswerkes beitragen. Beides ist mir gerade in unserer Zeit, in der antikommunistische Verleumdungen unvermindert gestreut werden, unerlässlich.

Am Wirken Walter Ulbrichts ist gut zu erkennen, wie er die Wechselwirkung zwischen objektiven Entwicklungen und Erfordernissen einerseits und vorantreibender Funktion des subjektiven Faktors andererseits unter sich unaufhörlich wandelnden Bedingungen immer wieder im Sinne der zielgerichteten Einwirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung verstand und realisierte. In seinem Handeln wird deutlich, wie er danach strebte, dem Hinweis W. I. Lenins zu entsprechen, wonach der Marxismus sich von allen anderen sozialistischen Theorien unterscheidet durch "eine hervorragende Vereinigung von absoluter wissenschaftlicher Nüchternheit in der Analyse der objektiven Sachlage und des objektiven Entwicklungsgangs mit der entschiedensten Anerkennung der Bedeutung der revolutionären Energie, der revolutionären Schaffenskraft, der revolutionären Initiative der Massen und natürlich auch der einzelnen Personen, Gruppen, Organisationen und Parteien". (4)

4 W. I. Lenin: Boykott (1907). In Werke, Bd. 13, S.23

Das entsprach Ulbrichts Grundüberzeugung, dass objektive Voraussetzungen für sich allein natürlich noch keine revolutionäre Umgestaltung ermöglichen, dass, wie Lenin schrieb, "die einzige wirkliche Kraft, die Änderungen erzwingt ..., eben nur die revolutionäre Energie der Massen (ist), die ... zur allseitigen revolutionären Propaganda, Agitation und Organisation seitens der Parteien führt, die an der Spitze der Revolution marschieren ..." (5)

Ein Grundzug Walter Ulbrichts war die Erwartung und Hoffnung auf die Hindernisse überwindende Energie und schöpferische Kraft der Menschen, der Partei und der von ihr geführten Massen. Diese Einstellung lag seinen Erfolgen zugrunde, diese darin gesetzten Erwartungen waren aber auch nicht selten Ausdruck voluntaristischer Auffassungen und bewirkten Irrtümer und Fehlschläge. Zeitweilig ließ er schließlich auch Erscheinungen des Kults um seine Person zu.

Einige seiner Charakterzüge werden bereits 1946 registriert. So urteilte Sergej Tulpanow: Ulbricht "ist genauer als jeder andere in seinen Formulierungen, er versteht mehr als die anderen, ist aber unbeliebt, gerade wegen seiner Heftigkeit". (6)

Und in einer Einschätzung durch die Abteilung Außenpolitik des Zentralkomitees der KPdSU vom Dezember 1946 heißt es über ihn unter anderem: "Führender Funktionär der SED. Leitet faktisch die gesamte organisatorische und administrative Arbeit des Apparates des Zentralsekretariats der SED. Hält die Verbindung mit den sowjetischen Besatzungsorganen aufrecht. Fähiger Organisator, kann sich in komplizierten politischen

5 D.: Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien (Januar 1917). In: Ebenda, Bd. 23; S.219.

6 Zitiert nach Gennadij Bordjugow: SMAD und SED. In: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953, Paderborn/München/Wien/ Zürich 1998, S. 289.

Fragen orientieren und diese einer Lösung zuführen." (7) Dann wird festgestellt, dass er "in der Vergangenheit eine Reihe von politischen Fehlern" gemacht habe: "Gehörte 1927 - 1928 zur Versöhnlergruppe, trat 1930 im sektiererischen Sinne zur Gewerkschaftsfrage auf, ließ später bei der Auswahl und dem Einsatz von Kadern Fehler zu, die an Vernachlässigung der politischen Wachsamkeit grenzen", Vorwürfe, über deren Berechtigung meiner Auffassung nach zu diskutieren wäre. Schließlich heißt es in der Beurteilung: "Die Führung der KPD und der Komintern kritisieren ihn für seine administrativ-bürokratischen Leitungsmethoden und für die Äußerungen von Elementen der Ehrsucht und der Dickköpfigkeit." Wenn gleich dem Wesen der Sache nach manches hiervon wohl zutrifft, so muss doch auch beachtet werden, dass mit diesen negativen Begriffen zugleich die Grenzen zu straffer Organisation, Disziplin und Ordnung verwischt werden.

Walter Ulbricht gab sich nie mit Bestehendem und Erreichtem zufrieden, stets blickte er voraus, stellte neue Aufgaben und mobilisierte zu ihrer Bewältigung. Er spürte das Neue auf, drängte und trieb unablässig voran - so stark und ausgeprägt, wie wohl kein anderer.

Als ein Produkt seiner Zeit kann Ulbricht nur begriffen werden aus den Bedingungen, Ideen und Methoden, aus den ethischen Prämissen, dem Verständnis von "Parteimoral", wie sie seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der kommunistischen Bewegung herrschten. Diese wirkten auf ihn ein, wurden von ihm praktiziert und prägten sein Leben. Sein straffer, strenge Disziplin verlangender und entscheidungsfreudiger Arbeitsstil war nicht frei von bürokratisch-administrativen Zügen sowie von Vernachlässigung kollektiver Beratung.

7 Zitiert nach Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.): "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 416.

Viele Jahre in Moskau in hohen Funktionen der KPD und der Komintern tätig, war er in starkem Maße unmittelbar mit ungerechtfertigten Beschuldigungen und unbarmherzigen Verfolgungen konfrontiert, die von J. W. Stalin und seinen Gefolgsleuten mittels des NKWD und der Duldung und Mithilfe von Funktionären in der Führung der KI betrieben wurden, die sehr schlimme Auswirkungen vor allem auch auf die Kader der Komintern hatten und die unserer Bewegung unermesslichen, bis heute wirkenden Schaden zugefügt haben und uns weiter belasten.

In jener schweren, jeden Kommunisten, jeden Antifaschisten extrem bedrückenden Zeit, in der es nicht nur immerfort Überprüfungen, gegenseitiges Misstrauen und viele Parteiverfahren gab, sondern auch zahlreiche ungerechtfertigte Verurteilungen, viel Not und Verzweiflung, war Ulbricht wie andere Mitglieder der KPD-Führung bemüht, die Menschen gerecht zu beurteilen, suchte er die sehr eingeschränkten Möglichkeiten zu nutzen, um Unrecht abzuwenden, Belastungen und Härten zu lindern, was in der Regel auch mit Risiken für die eigene Person verbunden war und nur selten gelang.

Seine bitteren Erfahrungen - erwähnt sei nur, dass auch er in Moskau Überprüfungen und Parteiverfahren überstehen musste sowie mit dem Verrat Herbert Wehners und anderer konfrontiert war - prägten ihn. Sie begünstigten sicherlich, dass bei ihm auch in der folgenden Zeit notwendige Wachsamkeit und die Härte der politischen Auseinandersetzungen zu manch überspitzter Entscheidung führte. Auch diese Erfahrungen und Bedingungen erklären schließlich unangemessen harte Maßnahmen sowie Verletzungen der Gesetze durch Partei- und Staatsorgane vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre.

Walter Ulbrichts Auftreten wirkte hart und autoritär - und er war dies auch. Nicht wenige hatten von ihm zuerst oft den Eindruck, dass er unnahbar und verschlossen sei. Doch meist trog dieser Eindruck. Ulbricht konnte nicht nur geduldig zuhören,

er suchte die Diskussion, strebte nach Gedankenaustausch, wollte die Meinungen anderer kennen lernen. Immer nach vorn blickend, wandte er sich aber zugleich gegen "Fehlerdiskussionen", die seiner Meinung nach nur nach rückwärts gerichtete, daher unnütze und schädliche Dispute seien, die dem Gegner noch zusätzlich Stoff für seine Hetze liefern würden. In diesem Zusammenhang sei hier angemerkt, dass zum Beispiel ein solch einschneidendes Ereignis wie der 17. Juni 1953 in der Folgezeit nicht nur unter Ulbricht, sondern auch unter seinem Nachfolger in der propagandistischen Arbeit der Partei kaum eine Rolle spielte und Forschungen zu diesem Thema lange nicht in Angriff genommen wurden. Zugleich muss aber auch betont werden, dass Ulbricht oft in aller Öffentlichkeit Missstände nannte und er die breite konstruktive Diskussion von Problemen anregte - was von seinem Nachfolger nicht nur nicht fortgesetzt, sondern durch einseitige, übertriebene Erfolgspropaganda, durch Schönfärberei ersetzt wurde. Er war es auch, der die Geschichtswissenschaft förderte und vorantrieb. Ihm ist es entscheidend zu danken, dass mit der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden" (1966) und dem "Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (1970) gegen manchen Widerstand auch begonnen werden konnte, komplizierte Probleme und "weiße Flecken" in der Entwicklung unserer Bewegung zu bearbeiten.

Für Ulbricht, den immerzu Mahnenden, Fordernden, Vorwärtstrebenden waren Hindernisse da, um überwunden zu werden. Das war nicht bequem, nicht einfach. Weder für ihn, dem Inaktivität, Disziplinlosigkeit und Schlendrian zuwider waren und der selbst in seiner karg bemessenen Freizeit kaum "abzuschalten" vermochte, noch für seine Mitstreiter. Stets trieben ihn die zu bewältigenden Aufgaben an, prüfte er, wie seine Vorstellungen realisiert wurden. Diese seine Grundhaltung war eine hohe Anforderung auch an diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiteten. Von ihnen verlangte er - ein gründlicher und kritischer Analytiker und erfahrener Fachmann auf dem Gebiet der poli-

tischen Organisation - strikte Erfüllung der Aufträge und Beschlüsse, ja, selbstlose Hingabe an die Sache. Er war konsequent und streng.

Welche spezifischen Eigenschaften lagen seinen Erfolgen zugrunde? Walter Ulbricht war seit seiner Jugend wissbegierig, strebsam und fleißig. So erwarb er - der Achtklassenschüler - neben einer umfassenden Allgemeinbildung profunde Kenntnis des dialektischen und historischen Materialismus, der Ideen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin sowie der Erfahrungen anderer Führer der internationalen revolutionären Bewegung. Dieses Wissen schloss seine Fähigkeit ein, die allgemeinen Grundsätze, vor allem über die Revolution, den sozialistischen Staat und die Partei neuen Typus, auf die Bedingungen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR anzuwenden und dabei taktisch sehr beweglich zu sein. Schneller und besser als andere verstand er es, Veränderungen in der Politik der KPdSU und der Komintern aufzugreifen und konsequent durchzusetzen und so erwies er sich als zuverlässiger Verbündeter. Angesichts der Erfolge seiner Politik und gewachsener Erfahrung und Reife gewann er an Selbstbewusstsein und verfocht er - wenngleich im Rahmen gemeinsamer Zielstellungen - vor allem nach 1945 zunehmend auch eigene Positionen.

Zu dieser ersten Ursache seiner Erfolge kommt als zweite hinzu, dass er einmal Erkanntes und Beschlossenes mit größter Entschiedenheit und Rigorosität gegen jeglichen Widerstand durchzusetzen vermochte und sich dabei als ein Meister der Organisation, der Taktik und der Disziplinierung erwies. Die von ihm in jungen Jahren als richtig erkannten Ziele - Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, Stärkung der Partei, einheitliches Handeln aller Fortschrittskräfte, Streben nach einem friedliebenden demokratischen und sozialistischen Deutschland, festes Bündnis mit der KPdSU und der Sowjetunion, Einheit von Patriotismus und Internationalismus, später Aufbau und Ausgestaltung des Sozialismus, Entwicklung des neuen,

sozialistischen Menschen - sie wurden von ihm unbeirrt verfolgt.

Walter Ulbricht besaß zumeist ein ausgeprägtes Gespür einzuschätzen, wann welche Entscheidung herangereift war und es nun galt, dafür zielstrebig, konsequent und energisch zu handeln. Hierfür gibt es nicht wenige Beispiele,

- die Auseinandersetzung innerhalb der Führung der KPD um Schlussfolgerungen aus der Niederlage 1933,
- die Festlegung der Abläufe bei der Vereinigung von KPD und SPD 1945/46,
- die Bestimmung der Zeitpunkte für den Übergang zur mittel- und langfristigen Wirtschaftsplanung 1948 bzw. 1950,
- die aktive Mitwirkung an der deutschlandpolitischen Strategie Moskaus 1951/1952, wie sie vor allem in der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 zum Ausdruck kommt,
- das rasche Aufgreifen und Umsetzen der Empfehlungen und Vorschläge J. W. Stalins und anderer sowjetischer Vertreter von Anfang April 1952 in Vorbereitung der 2. Parteikonferenz Mitte Juli 1952 zur Verkündung des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus,
- der mit Rigorosität und taktischer Beweglichkeit sowie dank glücklicher Umstände beschrittene Weg aus der Krise Mitte 1953 und die Entfernung seiner Kritiker und Gegner aus der Führung,
- das Erkennen des notwendigen Strebens nach einer neuen Stufe der Verbindung von Produktion und Wissenschaft seit Ende der fünfziger Jahre,
- die Entwicklung spezifischer Formen von Bündnisbeziehungen zu den Bauern und zu den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten auf politischem und ökonomischem Gebiet,

- die Herbeiführung der Entscheidung für die Kontrolle und Sicherung der Grenzen der DDR zu Westberlin und zur BRD,
- die Ausarbeitung eines neuen ökonomischen Systems des Sozialismus seit Beginn der sechziger Jahre,
- die Erkenntnisse über die längerfristigen Entwicklungen des Sozialismus sowie der nationalen Frage seit Mitte der sechziger Jahre.

Schaut man auf Ulbrichts Leben, so beeindruckt auch, dass er willens und imstande war, sich von falschen Standpunkten zu lösen und überholte Auffassungen zu überwinden. Diese Fähigkeit, sich selbst kritisch zu prüfen, aus Irrtümern und Fehlern mit Blick nach vorn Schlussfolgerungen zu ziehen und entschlossen zu handeln, macht zum Beispiel sein Verhalten in der Wittorf-Affäre 1928 deutlich:

Im September 1928 hatten Mitglieder der rechtsopportunistischen Fraktion innerhalb der KPD versucht, die Führung der Partei an sich zu reißen. Sie nahmen eine vom damaligen Sekretär des Bezirks Wasserkanne begangene Unterschlagung von Parteigeldern zum Anlass, Ernst Thälmann zu unterstellen, er habe diese vertuschen wollen. Obwohl diese Beschuldigung widerlegt wurde, gelang es den Versöhnern auf einer Tagung des Zentralkomitees am 26. September bei Abwesenheit einiger leitender Funktionäre, die Mehrheit der Anwesenden durch Geschrei über angebliche Korruption irrezuführen und die Veröffentlichung eines Kommuniqués über die Vorgänge durchzusetzen, wonach bis zur "Erledigung" der Angelegenheit die Funktionen Thälmanns ruhen sollten. Es wurde entsprechend seinem Wunsch entschieden, diese Angelegenheit der Exekutive zu überweisen. Die Rechten und die Versöhner hofften, mit dieser Intrige ein Verbleiben Ernst Thälmanns in der Funktion des Parteivorsitzenden unmöglich zu machen. In der Partei, im RFB und anderen Arbeiterorganisationen stieß diese faktisch durch Überrumpelung zustande gekommene

Entscheidung auf entschiedene Ablehnung. Walter Ulbricht, der auch von Moskau aus dem Beschluss ursprünglich zugestimmt hatte, korrigierte sich sofort, nachdem er erfuhr, dass die deutsche Sektion beim EKKI diesem nicht zustimmen würde. Ulbricht und Fritz Heckert, dieser hielt sich ebenfalls in Moskau auf, gehörten zu den ersten, die - am 30. September - den Beschluss für falsch erklärten und sich von ihm distanzieren. Bis zum 5. Oktober zog die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees ihre Zustimmung zum Beschluss zurück. Am 6. Oktober sprach das Präsidium des EKKI Ernst Thälmann sein volles Vertrauen aus. Walter Ulbricht wurde mit der Funktion des Vertreters der KPD beim EKKI beauftragt. Am 19. Dezember bestätigte ihn das Präsidium des EKKI als Mitglied seines Politischen Sekretariats.

Man kann davon ausgehen, dass für Ulbricht diese ganze Angelegenheit - von seiner zuerst falschen Entscheidung, faktisch durch Übereinkunft des Zentralkomitees durch die Rechten und Versöhner zustande gekommen, über deren rasche Korrektur bis zur Mitwirkung an der "Nachbereitung" dieser Affäre - eine in vielerlei Hinsicht auch für die fernere Zukunft prägende Erfahrung war.

Ein zweites, anders geartetes Beispiel: Nach der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur war es unerlässlich, die neue Lage realistisch einzuschätzen, galt es zu erkennen, dass die deutsche Arbeiterbewegung eine Niederlage erlitten hatte. Das erwies sich - wie vor allem einige fehlerhafte, völlig wirklichkeitsfremde Wertungen und Entscheidungen des XIII. EKKI-Plenums von Dezember 1933 belegen - als sehr schwierig. In der Kominintern entwickelte sich nach dem Plenum, angeregt vor allem durch Georgi Dimitroff, die Diskussion über notwendige Veränderungen der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung. Mitglieder des Zentralkomitees der KPD und seines Politbüros waren dagegen, die bislang verfochtene Politik kritisch zu überprüfen und sie entsprechend den grundlegend veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln. Es waren

Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die in der Führung der KPD als erste die fehlerhaften Beurteilungen des Kräfteverhältnisses seit 1933 sowie die sektiererischen und dogmatischen Auffassungen hinsichtlich der Einschätzung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsfrage und der Arbeit unter den Massen beim Namen nannten und neue, vorwärtsweisende Lösungen entwickelten. Dazu mussten sie sich - im Politbüro monatelang in der Minderheit - hart und erbittert vor allem mit Hermann Schubert und Fritz Schulte, die zunächst starken Einfluss hatten, auseinandersetzen.

Es war eine große Leistung Walter Ulbrichts, dass er gemeinsam mit Wilhelm Pieck und dabei unterstützt vor allem durch Georgi Dimitroff, die politische Linie der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, der Verbindung der Tagesaufgaben mit den Grundlagen des antifaschistischen Kampfes, der Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften und der Herstellung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie ausarbeitete und zu verwirklichen suchte. So wurden Pieck und Ulbricht in der KPD zu den entscheidenden Verfechtern der auf dem Weg zum VII. Weltkongress der Komintern entwickelten und von diesem beschlossenen Politik der Einheits- und der Volksfront gegen imperialistischen Krieg und Faschismus.

Diese Beispiele zeigen, dass Walter Ulbricht aus Irrtümern, Fehlern und Niederlagen rasch lernte. Er vermochte sich entschlossen auf veränderte Bedingungen einzustellen.

Unversöhnlichkeit im Kampf gegen den Klassenfeind und Konsequenz im Ringen um die Stärkung des Sozialismus verband er mit beweglicher Taktik, Prinzipienfestigkeit mit Flexibilität bei der Umsetzung. Er erwies sich, wie Alexander Abusch schrieb, als "ein Revolutionär mit klarem Sinn für Tatsachen,

ein sorgfältig abwägender Strategie und Taktiker" (8) Schon in den dreißiger Jahren, so Abusch, praktizierte Ulbricht eine "sachlich analysierende, die Kräfte des Klassenfeindes sorgfältig abschätzende, immer auf das Schöpfertum der Volksmassen orientierte und die Partei in die Offensive führende Arbeitsmethode". Und er "setzte sich persönlich dort ein, wo es am schwierigsten, wo das Hauptproblem des Augenblicks zu lösen war, ... scheute dabei auch nicht die Gefahr für seine eigene Person."

Aus jahrelanger Zusammenarbeit erinnerte sich Gerhard Schürer: "Ulbricht förderte den Meinungsstreit, hasste die Schönrederei und konnte auch vertragen, wenn Kontrahenten nicht so schnell umzustimmen waren. Wenn der Beschluss jedoch gefasst war, gab es kein Pardon, dann musste er durchgeführt werden und wehe dem, der ausscherte." (9)

Aus Zusammentreffen mit Walter Ulbricht in den fünfziger und sechziger Jahren prägten sich Manfred von Ardenne folgende Eindrücke ein: "seine Gabe, das Wesentliche sofort zu erkennen, seine für Persönlichkeiten seines Ranges seltene Eigenschaft, das eigene Urteil fremden Beurteilungen unterzuordnen, wenn letztere gut begründet sind und schließlich die Schnelligkeit seiner Entscheidungen". (10)

In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, dass, wie Gerhard Schürer vermerkte, Walter Ulbricht "das Verdienst zu(kommt), als erster der Parteiführung ... rechtzeitig erkannt zu haben, dass im Politbüro nicht nur Berufsrevolutionäre sitzen dürfen, sondern dass es in seiner ... Zusammensetzung durch parteitreue Spezialisten ergänzt werden muss". Er holte

8 Alexander Abusch: Bewährung und Universalität eines sozialistischen Revolutionärs. In: Walter Ulbricht. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Pädagogen zu seinem siebzigsten Geburtstag, Berlin 1963, S. 6.

9 Gerhard Schürer. Gewagt und verloren, Frankfurt (Oder) 1996, S. 128.

10 Manfred von Ardenne: Verpflichtung der Wissenschaft. In: Walter Ulbricht. Schriftsteller ..., S. 29.

damals relativ junge Fachleute in das Politbüro und in die Abteilungen des Zentralkomitees und lud zu Plenartagungen des ZK hervorragende Wissenschaftler und erfahrene Praktiker ein.

Maxim Vallentin hob an Walter Ulbricht hervor "sein konzentriertes Zuhören ..., dann seine Kunst des Fragestellens und seine sichere Ordnungsbegabung, die Wesentliches vom Unbedeutenden sondert, um den Weg frei zu machen für die Attacke auf das entscheidende Problem. In dieser Attacke ist immer die Stoßkraft seines klugen Mutes, der vor keiner noch so drohenden Schwierigkeit zurückschreckt, das Atemberaubende und Befreiende."

Wenn notwendig sich rasch korrigierend war Walter Ulbricht zumeist auf der Höhe der Zeit, allerdings ihr manchmal zu weit vorauseilend. Er hatte, wie schon erwähnt, natürlich nicht nur Stärken, sondern wie jeder Mensch Schwächen, auch er hatte seine Ecken und Kanten. Aufschluss darüber gibt seine Frau Lotte, die 1966 gegenüber Dr. Arno Linke (von 1964 bis 1971 Leibarzt Walter Ulbrichts) äußerte - wie dieser berichtet: „ , Genosse Linke“, sie sah mich ernst an und sprach nachdenklich und langsam - 'ich sage Ihnen wohl nichts Neues, wenn ich Ihnen versichere, dass Sie fast der einzige sind, der mit ihm (Walter Ulbricht) fertig wird ... Mein Mann ist nun mal ein Mensch von einer enormen Charakterstärke, die bis zur Herrschsucht gehen kann ... Er ist es seit langem gewohnt zu befehlen und, dass man seinen Befehlen gehorcht. Bei einem Widerspruch kann er durchaus laut und grob werden. Sie wissen, auch ich muss mich ihm unterordnen ... Ich rate Ihnen also', fuhr sie fort, 'und es wäre gut, wenn Sie meinen Rat beherzigen würden: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil'." (11)

11 Arno Linke: "Ab morgen bist du Leibarzt". Vom Provinzarzt zum Krebsforscher, Berlin 1999, S. 255.

Diese Ausführungen bestätigen, dass Charaktereigenschaften, individuelle Stärken wie auch Schwächen für die Realisierung von Politik sowie für die Beurteilung von Personen von nicht zu unter-schätzender Bedeutung sind. Man kann wohl auch sagen: Sind die entsprechenden objektiven Bedingungen und die richtige politische Linie gegeben, entscheidet der Charakter. (12)

Nun zu einigen Beispielen des Kampfes Walter Ulbrichts gegen Imperialismus und Faschismus, einem Grundzug seines Lebens.

Unverrückbar sah er im deutschen Imperialismus den Hauptfeind des deutschen Volkes. Kennzeichnend für die von ihm geführte Auseinandersetzung war, dass er stets Fakten sprechen ließ und dass er bei seinen Analysen bemüht war, die Realitäten sachlich, nüchtern, frei von Übertreibungen zu werten. Ein Beispiel dafür ist seine Rede "Volksrevolution gegen Faschismus" vor Berliner Funktionären der KPD und von Massenorganisationen am 15. Dezember 1930. Entsprechend den damals in der KPD-Führung herrschenden Auffassungen bezeichnete zwar auch er die Maßnahmen des Trustkapitals und der Brüning-Regierung als faschistisch und sprach von der "Einspannung des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparates und anderer Organisationen in den Dienst der faschistischen Diktatur" (13) davon, dass es zwischen der SPD und der die faschistische Staatsgewalt ausbauenden Brüning-Regierung in

12 Karl Marx wies darauf hin, dass "Zufälligkeiten", zu denen er auch den Charakter derjenigen, die an der Spitze der Bewegung stehen, zählte, die Geschichte beschleunigen oder verzögern können (Siehe Marx an Kugelmann, 17. April 1871. In: MEW, Bd. 22, S. 542). Welche Bedeutung W. I. Lenin dieser Seite der Politik beimaß, wird aus seinem "Brief an den Parteitag" vom 24. Dezember 1922 und der Ergänzung vom 4. Januar 1923 deutlich. Er machte warnend darauf aufmerksam, dass bestimmte persönliche Eigenschaften von herausragenden Funktionären keine Kleinigkeiten sind "oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann". (W. I. Lenin: Werke, Bd. 36, S. 580).

13 Walter Ulbricht: Volksrevolution gegen Faschismus, Berlin o. J., S. 9.

den Grundfragen weitgehende Übereinstimmung gebe.(14) Und als strategisches Ziel der KPD wiederholte er die Losung "Sowjetdeutschland".

Diese Einschätzungen und diese strategische Orientierung waren falsch. Die Geschichte hat uns dies gelehrt. Doch ist, wenn wir nach damals neuen, vorwärtsweisenden Erkenntnissen fragen, auf Ulbrichts Erläuterungen aufmerksam zu machen, nämlich, dass es sich bei der Brüning-Regierung noch nicht um das ausgereifte faschistische Herrschaftssystem handle, dass die 25 Diktaturgesetze erst der Anfang seien. Durch den Sturz der Brüning-Regierung gelte es zu verhindern, so Ulbricht, "dass sie auswächst zu jenem blutigen System des Terrors, der Hungerkatastrophen und des Krieges gegen die Sowjetunion wie in Polen, Jugoslawien und Italien" (15). Das faschistische Herrschaftssystem zeige "entsprechend den besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern auch verschiedene Formen und Methoden der Entwicklung", es komme auf verschiedenen Wegen zur Macht, entstehe nicht plötzlich in seiner ausgereiften Form." (16)

Bemerkenswert ist auch, dass Ulbricht damals nicht nur als einer der ersten den Begriff der Volksrevolution gebrauchte. Bei ihm erscheint die Volksrevolution gegen den Faschismus als ein revolutionärer Prozess, in dessen Zentrum die Verhinderung der offenen faschistischen Diktatur und der Kampf gegen alle Angriffe auf die Rechte des Volkes stehe. Ulbricht verlangte, das Programm der NSDAP als arbeiterfeindlich zu entlarven, die Arbeiter von der Nazi-Partei loszulösen, was auch erfordere, "dass wir in allen Versammlungen der NSDAP" auftreten und im "Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit die nationalsozialistische Phraseologie an Hand der eigenen Erfahrungen der Mas-

14 Siehe ebenda, S. 22.

15 Ebenda, S. 5.

16 Ebenda, S. 9.

sen ... entlarven" (17). Er selbst trat am 21. und 22. Januar und am 9. März 1931 als Diskussionsredner in von der Nazipartei in Berlin veranstalteten Versammlungen auf. Er forderte, gegen den Faschismus verschiedenartige Formen der politischen Einheitsfront zu entwickeln und dafür sozialdemokratische, parteilose, christliche und kommunistische Arbeiter zu gewinnen.

Ich erinnere schließlich daran, dass Ulbricht im Bemühen um die Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr vor allem seit 1932 das Gespräch auch mit sozialdemokratischen Funktionären suchte. Und nach der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur gehörte er mit zu den ersten, die - noch vor dem VII. Komintern-Kongress - die dann von diesem als Taktik des Trojanischen Pferdes bezeichnete Politik propagierten, das heißt, in den faschistischen Massenorganisationen tätig zu werden, in diesen antifaschistische Arbeit zu leisten.

Wenige Wochen nach dem Sieg über die Hitlerdiktatur erschien im KPD-Verlag Neuer Weg Walter Ulbrichts Arbeit "Die Legende vom 'deutschen Sozialismus' ", die erste umfassende Publikation nach Kriegsende, in der das Wesen des Hitlerfaschismus aufgedeckt und die Nazidemagogie zerschlagen wurde. Die grundlegende Konzeption für dieses Buch war im Jahre 1941 in einer Versammlung mit tausend jungen kriegsgefangenen deutschen Soldaten entstanden. In der Einleitung schrieb Walter Ulbricht 1945: "Die militärische Niederlage Deutschlands bedeutete zugleich die ideologische Niederlage des Hitlerfaschismus. Der Lügenschleier der Nazipropaganda wurde zerfetzt." Und er fügte hinzu: "Jedoch selbst nach der harten Lektion der militärischen Niederlage gibt es noch Deutsche, die der Meinung sind, der Nazismus habe früher noch 'manches Gute' gewollt." Solche Ansichten sind außer-ordentlich zählbar, sie sind in der BRD auch heute noch und erneut in aller Öffentlichkeit zu hören. Ulbricht warnte damals: "Solche Auffas-

17 Ebenda, S. 27 ff.

sungen sind eine Gefahr für die Nation. Solange sie bestehen bleiben, wirken sie als ständige Keime einer imperialistischen Kriegsideologie." (18)

Wie wichtig und wohl auch wirksam diese Schrift war, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie bis 1946 - also in anderthalb Jahren - in zwei Auflagen mit insgesamt 300 000 Exemplaren herausgegeben wurde und 1952 und 1956 unter dem Titel "Der faschistische deutsche Imperialismus (1933 - 1945)", ergänzt durch die Thesen "Über das Wesen des Hitlerfaschismus", eine dritte und vierte Auflage mit weiteren 40 000 Exemplaren erlebte. Kennzeichnend für diese Arbeit war, dass Ulbricht, gestützt auf viele Fakten, Konzerne, Banken und Personen nennend, nachwies, dass die deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren der Hitlerpartei zur Macht verholfen hatten. Belegt mit umfangreichem Zahlenmaterial zeigte er, dass die Naziführer weder sozial noch national gehandelt und dass sie Krieg und Verderben über andere Völker und nicht zuletzt über das deutsche Volk gebracht hatten.

Ein weiteres Beispiel für die Analyse des deutschen Imperialismus durch Walter Ulbricht. Bereits im Juli 1950 hatte die SED auf ihrem III. Parteitag gewarnt: "Im Bonner Separatstaat ist die Herrschaft der deutschen Finanzoligarchie wiedererrichtet worden, die heute im Auftrage des angloamerikanischen Finanzkapitals das deutsche Volk ausbeutet und unterdrückt ... Gleichzeitig verfolgt die deutsche Finanzoligarchie insgeheim ihre Pläne zur Wiedererrichtung eines selbständigen deutschen Imperialismus ... „ (19)

Doch bei nicht wenigen Menschen in Ost und West wirkten Illusionen über den Charakter der Bundesrepublik, die Ziele

18 Walter Ulbricht: Die Legende vom 'deutschen Sozialismus', Berlin 1945, S. 3.

19 Entschließung 'Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 ..., Bd. II, Berlin 1951, S. 230.

der Adenauer-Regierung und fehlerhafte Auffassungen über das Verhältnis der in Westdeutschland herrschenden Kreise zum USA-Imperialismus fort. In weiten Kreisen wurden die Remilitarisierung Westdeutschlands und die von ihr ausgehenden Gefahren unterschätzt. Zu diesen Erscheinungen und zu inzwischen erfolgten Veränderungen nahm Walter Ulbricht in seinem Referat auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED im Juni 1951 ausführlich Stellung. Er wies darauf hin, dass die USA und Großbritannien vereinbart hatten, "das deutsche Rüstungspotenzial zu entwickeln, die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse zu verhindern, dem deutschen Monopolkapital und den faschistischen Kräften größere Betätigungsmöglichkeiten zu gewähren" (20). Als das Neue arbeitete Ulbricht heraus, "dass der amerikanische Imperialismus den deutschen Imperialismus zu seinem Hauptverbündeten in Europa macht", um die BRD in das "Hauptaufmarschgebiet des Atlantik-Kriegsblocks" zu verwandeln. Die herrschenden Kreise in Westdeutschland, so Ulbricht, führten ihre Politik unter der Flagge der Verteidigung "nationaler Interessen" durch, sie sprächen von "Europa-Union" und von der "Vereinigung der europäischen Staaten" und meinten in Wirklichkeit die Beherrschung der westeuropäischen Staaten durch den US- und den wiedererstandenen deutschen Imperialismus sowie die Vorbereitung der Aggression gen Osten. Das politische Hauptziel der CDU, der Partei der Remilitarisierung, bestehe darin, "dem deutschen Monopolkapital im Rahmen der Weltmachtpläne der USA eine Sonderstellung in Europa zu verschaffen", um "die führende Rolle des deutschen Imperialismus in Westeuropa" zu kämpfen. (21) Die CDU halte die untergeordnete Rolle des deutschen Imperialismus gegenüber den USA für eine unvermeidliche, das heißt für eine vorübergehende Etappe, um ihre eigenen, weiterreichen-

20 Walter Ulbricht: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und die nächsten Aufgaben. Rede auf der Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 13. Juni 1951, o. O. u. J., S. 21.

21 Ebenda, S. 32.

den Pläne zu verwirklichen. Ulbricht machte darauf aufmerksam, "dass die Führungen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in der Grundlinie der Politik, das heißt der Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus einig sind und dass lediglich taktische Unterschiede bestehen in Bezug auf den Zeitpunkt, zu dem gewisse Forderungen auf weitergehende imperialistische Ziele der westdeutschen Machthaber zu erheben sind". (22)

Das war eine zutreffende Voraussicht und zugleich eine wichtige Entscheidung für die Einschätzung der Klassenkräfte in der BRD und ihres Verhältnisses zueinander, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Sozialdemokratie. Diese Analyse und diese Voraussagen konnte Ulbricht treffen auf Grund seiner reichen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, der profunden Kenntnis seiner Funktionsweise und dem genauen Blick auf neue ökonomische und politische Tendenzen. Die folgenden Jahrzehnte haben ihn bestätigt. Er irrte aber in der von ihm auch schon auf dem III. Parteitag im Juli 1950 geäußerten Annahme, dass diese imperialistischen Pläne zum Scheitern verurteilt seien - eine Fehleinschätzung, der nicht nur er, sondern wir alle anhängen.

Stets ging es Walter Ulbricht darum, die Bindung und Einordnung der Sozialdemokratie in das imperialistische System zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Alle seine Vorstellungen über Frieden, demokratische Einheit und sozialen Fortschritt in ganz Deutschland waren mit dieser Aufgabe verknüpft. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang, um ein weiteres Beispiel zu nennen, an die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED im Januar/Februar 1957. Auf ihr legte er ein weitreichendes Programm für die Lösung der deutschen Frage dar. Er ging davon aus, dass sich auf deutschem Boden für längere Zeit

22 Ebenda, S. 16/17. Siehe auch Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1958, S. 215. Hier "Ziele" statt "Rechte" wie in der Broschüre.

zwei Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung gegenüberstehen würden und orientierte auf den friedlichen Wettbewerb zwischen ihnen. Die patriotischen Kräfte in beiden Staaten müssten gegen die vom westdeutschen Imperialismus und Militarismus ausgehenden Gefahren kämpfen und die Liquidierung der Herrschaft der Monopole in der Bundesrepublik, den Verzicht auf die Remilitarisierung und Refaschisierung sowie der Teilnahme an aggressiven Militärbündnissen erreichen. Besondere Verantwortung dafür trügen die Arbeiterklasse in Westdeutschland, die Sozialdemokratie, ihre Mitglieder und Anhänger. Erst wenn diese Ziele erreicht seien, wäre es, wie Ulbricht erklärte, möglich, einen gesamtdeutschen Rat zu bilden, der die Funktion einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben sollte. So könnten normale, sachliche Beziehungen zwischen beiden Staaten entwickelt werden, wäre es möglich, der Wiedervereinigung näher zu kommen. Der Aufbau des Sozialismus und die Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR seien Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles.

Doch diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt - weder die Hoffnung, dass es gelingen würde, die DDR allseitig so zu stärken, dass ihre Anziehungskraft auf die werktätigen Bevölkerung der BRD entscheidend wachsen würde, noch die, dass sich die Sozialdemokratie ihrer sozialistischen Wurzeln besinnen und in diesem Sinne wandeln würde.

Als letztes Beispiel für Ulbrichts exakte Einschätzung der internationalen Lage und des Imperialismus erinnere ich an die Rede, die er auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau hielt. Er stand kurz vor Vollendung seines 76. Lebensjahres, verkörperte ein halbes Jahrhundert Erfahrungen als führender Funktionär der kommunistischen Bewegung, war - neben Rodolfo Ghioldi von der Kommunistischen Partei Argentiniens - der einzige Redner, der bereits der Führung der Komintern angehört hatte. Ulbricht ging davon aus, dass die sozialistische Gemeinschaft

als Ganzes "trotz aller Störversuche des Weltimperialismus und innerer Entwicklungsschwierigkeiten" weiter gewachsen und erstarkt sei und ihren Einfluss in der Welt erhöht habe. Keiner ahnte auch nur im Geringsten, dass zwei Jahrzehnte später das sozialistische Weltsystem zusammengebrochen und die Sowjetunion ihrer Rolle als Weltmacht verlustig gegangen sein würde.

Charakteristisch auch für diese Rede Ulbrichts war, dass er sich - bei aller Würdigung des Erreichten beim Aufbau der neuen Gesellschaft in der UdSSR, der DDR, der sozialistischen Gemeinschaft - rasch und dezidiert den Anforderungen und Aufgaben zuwandte, die es zu lösen galt. Er sparte die Schwachstellen und Defizite nicht aus, ließ - im Wissen um die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Rückstände der sozialistischen Länder - keine Unklarheit über das noch zu Bewältigende zu. Und wenn dies auch ausgewogen und mit dem Blick nach vorn formuliert war und konzilient wirken mochte - jeder, der mit diesen Dingen tagtäglich konfrontiert war, wusste sie wohl richtig zu deuten. Das betraf vor allem "den Kampf um höchste Arbeitsproduktivität, um die effektivste Form der sozialistischen Planung, Leitung und Organisation aller gesellschaftlichen Prozesse", den "Kampf also für ein Leben des Volkes in sozialer Sicherheit, in Frieden und Glück". Dieser sei zum "Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab" geworden. (23)

23 Hier sei darauf verwiesen, dass Walter Ulbricht bereits im September 1965, also mehr als anderthalb Jahre vor dem VII. Parteitag, intern mit schonungsloser Deutlichkeit festgestellt hatte, dass die Entwicklung der Wirtschaft der DDR auf einigen Gebieten nicht befriedigen könne. Die Arbeitsproduktivität sei unter Anspannung aller Kräfte erhöht worden. Dabei seien die Reserven in einem solchen Maße in Anspruch genommen worden, dass keine freien Kapazitäten und Arbeitskräfte mehr zur Verfügung ständen. Trotz keineswegs unbedeutender ökonomischer Erfolge habe sich in der Auseinandersetzung in Deutschland die Spanne zu Ungunsten der DDR vergrößert, der ökonomische Abstand zwischen Westdeutschland und der DDR sei 1964 weiter gewachsen. Wörtlich hieß es: "Im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern haben die Werktätigen der DDR einen relativ hohen Lebensstandard. Aber die deutsche Arbeiterklasse vergleicht - ebenso wie auch andere werktä-

Kein sozialistisches Land könne diese Aufgabe allein lösen. "Das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in den sozialistischen Ländern, die Verschärfung des internationalen Klassenkampfes und die Entwicklung der modernen Produktivkräfte drängen zur Entwicklung, Festigung und Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft ..." Er mahnte: "Die sozialistische wirtschaftliche Integration der Staaten unserer Gemeinschaft wird zu einem entscheidenden Faktor der Beschleunigung des Fortschritts der nationalen Volkswirtschaften der sozialistischen Länder und im ökonomischen Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus." Die gemeinsame historische Aufgabe, "das Übergewicht des Sozialismus auf allen entscheidenden Gebieten ... zu erringen", könne nur in gemeinsamer Arbeit erfüllt werden. (24)

Indirekt warnte Ulbricht davor, das Erreichte zu überschätzen, die Kompliziertheit und die Schwierigkeiten auf diesem Weg zu verkennen, indem er von der "lange(n) Periode" sprach, die dazu nötig sei. Die Probleme des Übergangs zum Sozialismus würden "nicht leichter gelöst, wenn diese Periode als eine kurze Phase aufgefasst" werde. (25)

tige Schichten der DDR - ihre materielle Lage nicht mit derjenigen der Werktätigen in Polen, in der Sowjetunion, in Bulgarien und anderen sozialistischen Ländern, sondern vor allem mit der materiellen Lage der Arbeiter und anderer werktätiger Schichten in Westdeutschland. Angesichts der langjährigen Hochkonjunktur, des relativ sehr hohen westdeutschen Lebensniveaus und gewisser sozialer Leistungen, wie vor allem hoher Altersrenten usw., sind wir besorgt über die Einflüsse, die von diesen Tatsachen in die DDR ausstrahlen." Wenn dieses Moment nicht genügend berücksichtigt werde, "könnten sich hieraus ungünstige Auswirkungen auf die auf deutschem Boden geführten Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus ergeben". Die Gewinnung der westdeutschen Arbeiterklasse für den Weg der DDR werde erst dann gelingen, "wenn am Beispiel der DDR konkret nachgewiesen wird", dass ihr ein fortschrittliches Deutschland 'ein mindestens ebenso hohes materielles Lebensniveau gewährleistet wie der ... kapitalistische deutsche Staat". (Aufzeichnung von Ausführungen W. Ulbrichts für eine Beratung im ZK der KPdSU, September 1965. SAPMO-BA, NY 4182/1208, Fiche 3, Bd. 111, 112.)

24 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin 1969, S. 270.

25 Ebenda, S. 271.

Damit bekräftigte er seine Auffassung, die sich von den Positionen der Führung der KPdSU grundsätzlich unterschied, sprach diese doch bereits seit fast zehn Jahren vom kommunistischen Aufbau, und wurden von ihr die Probleme der Planung und Leitung, der Arbeitsproduktivität und Effektivität nicht als so zwingend eingeschätzt oder angepackt oder zu bewältigen versucht, wie das Ulbricht mit dem unter seiner Leitung für die Bedingungen der DDR ausgearbeiteten Sozialismus-Modell zu verwirklichen bemüht war. (26) Ulbrichts Formulierung von der "langen Periode" war die kurz gefasste Umschreibung der von ihm im September 1967 verkündeten Auffassung, "dass der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab". (27) Das war in dieser Frage eine deutliche Abgrenzung von der Position der KPdSU.

Die geschichtlichen Erfahrungen bei dieser Problematik zusammenfassend erklärte Ulbricht, dass das Tempo des sozialistischen Fortschritts von zwei Faktoren abhängt; "einmal von der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, vom marxistisch-leninistischen Reifegrad der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, von der sozialistischen Entwicklung des Überbaus;

26 An dieser Stelle ist anzumerken, dass es nicht gelang, das von Ulbricht initiierte Konzept des Neuen Ökonomischen Systems umfassend und mit allen Konsequenzen zu verwirklichen.

27 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Auszug aus dem Referat auf der internationalen wissenschaftlichen Session "100 Jahre 'Das Kapital' " am 12. und 13. September 1967 in Berlin, 12. September 1967. Nach: Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumentation, 2., erweiterte Aufl., Berlin 1970, S. 67/68.

zum anderen vom Niveau der allseitigen Zusammenarbeit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft".

In die Form von Erwartungen und Aufgaben gekleidet, bedeutete seine Rede indirekt eine treffende Kritik am unzureichenden Niveau der Effektivität der sozialistischen Gemeinschaft vor allem auf ökonomischem Gebiet. Er machte deutlich - und das ist wohl erst viele Jahre später klar bewusst geworden -, dass künftige Erfolge des Sozialismus letztlich davon abhängen würden, wie es der Sowjetunion gelänge, ihrer Pionierrolle bei der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Integration, bei der Steigerung der Produktivität und Effektivität der Wirtschaft gerecht zu werden.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Ulbricht zeitig, bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, die Aufmerksamkeit auf diese Fragen gelenkt hatte. So forderte er auf dem V. Parteitag im Juli 1958 "eine wesentlich engere Verbindung der Wissenschaft mit der Produktion, als wir bisher erreicht haben ..., die Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Forschung und Entwicklung wesentlich zu qualifizieren und auf eine neue Stufe zu heben". Im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Kooperation sollte die Konzentration auf solche Produktionsprogramme erfolgen, die einen hohen Anteil von geistiger, technischer, wissenschaftlicher Arbeit einschließen. Automatisierung und Mechanisierung der Produktion sollten vorangebracht werden. In der Folge orientierte er wiederholt auf die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in Forschung und Produktion, auf die Spezialisierung, Standardisierung und Typisierung der Produktion, auf den Kampf um das Sparen mit jeder Minute, mit jedem Gramm Material und jedem Pfennig, das heißt, auf den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft.

Mit Blick auf das vom VI. Parteitag beschlossene Parteiprogramm für den umfassenden Aufbau des Sozialismus orientierte Walter Ulbricht schon im Oktober 1962 darauf, die Kontroll-

ziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft bis 1970 und anschließend den Perspektivplan bis 1980 auszuarbeiten, entsprechende Entscheidungen für die Entwicklung einzelner Zweige und Haupterzeugnisse zu treffen, um so, wie er im Februar 1964 formulierte, "den Erfordernissen der wissenschaftlich - technischen Revolution" gerecht zu werden.

Als das Neue in der Politik des westdeutschen Monopolkapitals bezeichnete er auf der Beratung 1969 "das Streben nach Expansion, nach Ergreifung der Vorherrschaft über die westeuropäischen Staaten, das Eindringen in die volksdemokratischen Länder, um den Aufbau des Sozialismus zu verhindern, und den Drang nach politischen und ökonomischen Machtpositionen in den arabischen, afrikanischen und asiatischen Ländern". (28) Dazu verwies er auf die wenige Tage zuvor vom westdeutschen Finanzminister Franz Josef Strauß verkündete Absicht, der BRD "in der Weltpolitik wieder Gehör zu verschaffen", sowie auf das vom Bonner Kriegsminister Gerhard Schröder (CDU) Anfang 1969 bekräftigte Ziel, den Bonner Staat, wie er sagte, "zum Modell und Ausgangspunkt zu machen für die Lösung, die wir für unser nationales Problem anstreben". Ulbricht charakterisierte die "sogenannte neue Ostpolitik" der Bonner Regierung als eine der neuen Methoden des Imperialismus, "um in die sozialistischen Länder einzudringen und die Entwicklung des Sozialismus rückgängig zu machen". (29) Der Imperialismus bleibe abenteuerlich, er sei aggressiver, raffinierter und gefährlicher geworden. Objektiv würden die revolutionären Kräfte in der Welt über alles Notwendige verfügen, um dem Imperialismus neue Niederlagen beizubringen. Diese Möglichkeiten zu nutzen erfordere jedoch die Festigung ihrer Kampfkraft und die weitere Stärkung und Einigung ihrer Reihen.

28 Internationale Beratung Moskau 1969, S. 272.

29 Ebenda, S. 274.

Ulbricht bekräftigte die Erkenntnis, dass der westdeutsche Imperialismus seine Expansionspolitik verschärfen konnte, „weil er sich dabei sowohl auf die konservativen und militärischen Kräfte, auf den reaktionären Klerus als auch auf die sozialdemokratischen Minister stützen konnte“. (30) Ohne deren Einbeziehung in die imperialistische Politik könne das westdeutsche Monopolkapital seine Funktion als Hauptverbündete der USA bei der Durchsetzung der Globalstrategie in Europa nicht erfüllen.

Ulbricht hat stets auf die das imperialistische System erhaltende und mitgestaltende Rolle der Sozialdemokratie hingewiesen, und er hat sich gewiss auch niemals Illusionen über sie hingegen. Doch beschränkte er sich nicht auf die Aufdeckung und Kritik dieser Funktion der Sozialdemokratie. Unentwegt appellierte er an sie - an die Mitgliedschaft und auch an die Führung, ihrer Verantwortung für Antifaschismus, Frieden, demokratische Einheit und sozialen Fortschritt gerecht zu werden, sich von Antikommunismus und der Einbindung in die NATO-Politik zu befreien, für gleichberechtigte Beziehungen zwischen beiden Staaten mit dem Ziel einer späteren Vereinigung auf antiimperialistischer Grundlage einzutreten. Im August 1970 mahnte er, dass es gelte, die Existenz der unter sozialdemokratischer Führung stehenden BRD-Regierung - gemeint ist die im Oktober 1969 gebildete Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt - "maximal aus(zu)nutzen, um die friedliche Koexistenz zu erreichen".

Unter den gegebenen Bedingungen sei eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten nur auf dem Wege völkerrechtlicher Verträge zwischen ihnen möglich. Der Weg zu einer "späteren Vereinigung der beiden Staaten" werde erst geebnet werden, "wenn der westdeutsche Staat auf jede Revanchepolitik und Alleinvertretungsanmaßung verzichtet, den Status quo anerkennt und die demokratischen, fortschrittlichen

30 Ebenda, S. 279.

Kräfte in Westdeutschland den notwendigen Einfluss errungen haben". Das entsprach der von ihm in seiner Schlussansprache auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 geäußerten Hoffnung, dass auch in Westdeutschland die Arbeiter, verbündet mit allen anderen Werktätigen, "eines Tages Militarismus, Neonazismus und Imperialismus überwinden ... Auch sie werden den Weg der Demokratie beschreiten und schließlich den Sozialismus errichten. Das ist die einzige Möglichkeit, dereinst zur Vereinigung beider deutscher Staaten zu kommen. Die Imperialisten haben Deutschland gespalten, die Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten wird es im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz wieder zusammenfügen."

Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Dass das Monopolkapital und seine Parteien den Sieg davontragen und die DDR von der kapitalistischen BRD geschluckt würden - das sah damals kaum jemand voraus. Ebenso ahnte kaum jemand, dass zwei Jahrzehnte nach dieser Beratung das sozialistische Weltsystem zusammengebrochen und die Sowjetunion ihrer Rolle als Weltmacht verlustig gegangen sein würde.

Ulbricht betonte auf der Internationalen Beratung, dass die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung zu einer höheren Form ihrer Einheit "keine generelle Ablehnung alter, in der Vergangenheit bewährter Formen der Einheit, sondern deren kontinuierliche Weiterentwicklung entsprechend den neuen Bedingungen und Anforderungen" bedeute. Sie erfordere eine "schöpferische Vielfalt der Taktik und Methoden in den einzelnen Ländern", die Vermeidung von "schablonenhaftem Herangehen an die Lösung neuer Aufgaben" als auch von "nationaler Enge", von nationalistischen Sonderwegen, die den gemeinsamen Anliegen schaden. So werde man der Forderung Lenins gerecht, "dass die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution 'im Einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepasst, auf sie richtig

angewandt werden' müssen." Er warnte, dass die "vorrangige Erörterung und Hervorhebung der Meinungsverschiedenheiten ... nicht zur Einheit, sondern zu größerer Zwietracht und zur Zersplitterung der revolutionären Kräfte" führe. (31) Den Weg zu politischer und wachsender ideologischer Einheit der kommunistischen Bewegung gelte es zu beschreiten über gemeinsame Aktionen des antiimperialistischen Kampfes und systematische theoretische Arbeit. Die gemeinsamen, übergreifenden Aufgaben müssten in den Vordergrund gestellt werden.

Ich meine, dass diese Rede Walter Ulbrichts - ergänzt durch seine Veröffentlichungen zum 25. Jahrestag der Gründung der SED Ende 1970 und im 1. Halbjahr 1971 - sein politisches Vermächtnis darstellt. In diesen Arbeiten sind seine wichtigsten Erfahrungen aus der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die Bedingungen in der DDR, aber nicht nur für sie, zusammengefasst. Darunter sind Erkenntnisse, die nicht bloß historisches Interesse beanspruchen, sondern die, wenn gleich unter gravierend veränderten Bedingungen seitdem, auch für heute und morgen von Nutzen sind. Seine dialektische Herangehensweise an die Gegensätzlichkeit von Sozialismus und Imperialismus und die friedliche Koexistenz als Ausdruck des Klassenkampfes auf internationaler Ebene, seine Erkenntnisse über die Erfordernisse für die Entwicklung des Sozialismus sowie über die Wechselwirkung von ideologisch-theoretischer Einheit und Selbständigkeit der Parteien - alle diese alten Wahrheiten haben nichts von ihrer grundsätzlichen Richtigkeit verloren.

Abschließend: Walter Ulbricht war - wie wir alle - nicht frei von übertriebenen Erwartungen, vom Überschätzen des Erreichten und des Möglichen. Doch verglichen mit illusionären Vorstellungen der Führungen der KPdSU - vor allem unter den Nachfolgern Stalins - und anderer regierender Parteien sozialisti-

31 Ebenda, S. 285.

scher Länder und insbesondere auch seines Nachfolgers Erich Honecker waren Ulbrichts Einschätzungen den Realitäten oft wohl noch am nächsten. Und insgesamt gaben ihm die Fortschritte der DDR, besonders nach dem 13. August 1961, recht. Durch sie sah er sich in seiner Auffassung bestärkt, dass er - oft früher und genauer als andere - Veränderungen der Lage und die Anforderungen daraus realistisch eingeschätzt und entsprechende Aufgaben herausgearbeitet, die Wege richtig gewiesen habe. Allerdings blieb auch bei ihm eine Kluft zwischen erkannten Anforderungen einerseits und den begrenzten Möglichkeiten andererseits, ihnen gerecht zu werden.

Kurt Hager schrieb über ihn: "Er besaß große politische und organisatorische Erfahrungen und Fähigkeiten, die er zielstrebig einsetzte. Man konnte mit ihm reden, er nahm Vorschläge an, aber letzten Endes machte er doch, was er wollte ... Wir hatten viele Gespräche ... Er suchte den Gedankenaustausch. Für Witze hatte er keinerlei Verständnis ... Wahrscheinlich war sein Ernst das Ergebnis eines harten Lebens, in dem es viele gefährliche Momente und heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte...." "Er war", stellte Kurt Hager fest, "ein Arbeiterfunktionär alter Schule, der in der kommunistischen Bewegung großes Ansehen genoss. Die Gegner der DDR taten alles, um ihn herabzusetzen. Sie mussten ihm aber außerordentliche Eigenschaften wie Realitätssinn und Einfallsreichtum zubilligen. Manche wollten ihn nur als bloßen Satrapen Moskaus sehen. Er war jedoch ein eigenständiger Politiker, der sich nicht scheute, seine eigene Meinung zu äußern." (32)

Gegen Ende der sechziger Jahre verstärkten sich bei Ulbricht übertriebene, subjektivistische Erwartungen hinsichtlich der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung, traten, wie Kurt Hager urteilte, "einige seiner negativen Eigenschaften wie Eigenmächtigkeit, Rechthaberei und Starrsinn immer stärker her-

32 Kurt Hager Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 309.

vor". (33) Sie führten zu Rückschlägen, wie sie vor allem im Vorfeld der 14. Tagung des Zentralkomitees Mitte Dezember 1970 kulminierten und zu Korrekturen drängten. Seine mit den Realitäten immer mehr kollidierenden wirtschaftsstrategischen Zielstellungen sowie seine auf den Widerstand Brezhneps stoßende Taktik gegenüber der Brandt-Scheel-Regierung waren begleitet von eigenem "Sendungsbewusstsein". Dieses Bündel von objektiven Hindernissen und Schwierigkeiten und subjektiv geprägten Belastungen - vor allem Rückschläge auf ökonomischem Gebiet, die ihn zunehmend angreifbar machten - führten letztlich zu dem von der übergroßen Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros betriebenen und von Brezhnev unterstützten Rücktritt Ulbrichts von seiner Funktion als Erster Sekretär des Zentralkomitees, der dann am 3. Mai 1971 erfolgte. Sein arbeitsreiches, erfülltes Leben endete am 1. August 1973.

Hager meinte, „dass nach 1945 zwei deutsche Politiker einander ebenbürtig waren in der Konsequenz, mit der sie ihre Ziele verfolgten - Adenauer mit seiner Westorientierung und Ulbricht mit seinem Streben nach einer starken, modernen, sozialistischen DDR“. (34) Und Sebastian Haffner nannte ihn - allerdings schon 1966 - den erfolgreichsten deutschen Politiker nach Bismarck und neben Adenauer. (35)

Walter Ulbricht gehörte zweifellos zu den Persönlichkeiten, die den Verlauf der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert über drei Jahrzehnte - von den vierziger bis zu den sechziger Jahren - maßgeblich, ja entscheidend mit geprägt und auf den Gang der allgemeinen Geschichte der neuesten Zeit eingewirkt haben und zwar im Sinne des Friedens, der antiimperialistischen Solidarität und der Schaffung des Beispiels einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden. Alle wichtigen Ereignisse,

33 Ebenda.

34 Ebenda, S. 309/310.

35 Vgl. Lotte und Walter. Hrsg. von Frank Schumann, S. 11.

und zwar nicht nur Defizite und Schwierigkeiten, sondern vor allem große Fortschritte und beeindruckende Errungenschaften im Leben der DDR, sind auf das Engste mit dem Wirken Ulbrichts verbunden.

Person und Werk Walter Ulbrichts gegen alle dem "Zeitgeist" hörigen Entstellungen sachlich und ausgewogen zu würdigen, sollte uns künftig mehr als bisher ein wichtiges Anliegen sein.

Nachträgliche Ergänzung:

Vor kurzem teilte Klaus Kukuk, viele Jahre im Diplomatischen Dienst der DDR tätig, dem Autor aus eigenem Erleben folgende Begebenheiten mit, die die Vorstellungen des Autors von W.

Ulbricht bestätigen und die hier wiedergegeben werden sollen.

Klaus Kukuk schreibt:

Am 30. Juni 1968 fand im großen Saal des Staatsratsgebäudes eine Festveranstaltung aus Anlass des 75. Geburtstages von Walter Ulbricht statt, auf der Vertreter von Bruderparteien die Glückwünsche ihrer Parteien darbrachten. Ich war als Dolmetscher für den Vertreter der KPTsch tätig.

Rechts von W. Ulbricht sitzend konnte ich genau sehen, wann er sich Notizen machte. Obwohl keine Rede von W. Ulbricht auf dem Programm stand, sprach er frei ohne Manuskript, nur mit ein paar Zetteln vor sich in druckreifen Sätzen ca. 1 Stunde über Erfahrungen seines Lebens in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. (Da die Rede ein ex tempore war, weiß ich nicht, ob sie mitgeschnitten wurde und vielleicht erhalten geblieben ist.)

Auf der internationalen Pressekonferenz nach den Gesprächen zwischen Delegationen der SED und KPTsch am 13. August in

Karlovy Vary hielt W. Ulbricht ein längeres Statement ohne jegliches Manuskript und ohne Füllwörter. (Ich habe auch dieses Gespräch gedolmetscht und besitze davon eine DVD von der AK-Sendung Blickpunkt.)

In einem Vieraugengespräch zwischen Walter Ulbricht und Gustav Husak im Gästehaus des Politbüros des ZK der SED in Oberhof (nach meiner Erinnerung im Frühherbst 1969) sprach Gustav Husak über den Slánsky-Prozess. Walter Ulbricht hörte geduldig zu und machte dann Ausführungen zum Verhalten der SED (die ich so noch nie gehört oder etwas darüber gelesen hatte.) Er schilderte, dass der Parteivorstand der SED auf Einladung der KPTsch eine Delegation nach Prag entsandt habe, die die Möglichkeit bekam, Einsicht in Verhörprotokolle und Prozessakten zu nehmen. (Ich habe mir leider keine der Namen von Mitgliedern der SED-Delegation gemerkt.) Nach Rückkehr aus Prag habe die Delegation dem Parteivorstand Bericht erstattet und die dringende Empfehlung ausgesprochen, keinesfalls einen ähnlichen Prozess in der DDR durchzuführen. Walter Ulbricht erläuterte den Druck seitens der KPdSU, dem auch die SED seitens Moskau ausgesetzt war. Seine Erfahrungen aus seiner Zeit als Mitglied des EKKI in Moskau haben ihn jedoch abgehalten, einen solchen Weg zu gehen. Deshalb habe die Parteiführung zwar Kaderveränderungen vorgenommen, aber keine Strafmaßnahmen durchgeführt oder Köpfe rollen lassen.

(Nach meiner Meinung war dieses Vieraugengespräch, das ohne Mikrofon geführt worden ist und keine Protokollniederschrift darüber vorliegen dürfte, der Schlüssel zum gegenseitigen Vertrauensverhältnis zwischen beiden Parteiführern, das seitdem bestand.)